



## Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 / 2. Etage | 38100 Braunschweig

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL

*Volksfreundhaus*  
Schloßstraße 8 / 2. Etage  
38100 Braunschweig  
Fon: +49 531 4827 3220  
Fax: +49 531 4827 2717  
[info@christos-pantazis.de](mailto:info@christos-pantazis.de)  
[www.christos-pantazis.de](http://www.christos-pantazis.de)

11. Dezember 2013

Rede von

**Dr. Christos Pantazis MdL**

ZU

### **Haushaltsberatungen: Migration und Teilhabe**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/400

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit dem 20. Januar 2013 ist es in Niedersachsen nicht nur zu einem Wechsel der Landesregierung gekommen, sondern auch zu einem Paradigmenwechsel auf dem Gebiet der Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Hatte sich die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung noch damit gerühmt, die erste Frau mit Migrationshintergrund zur Landesministerin in Deutschland erwählt zu haben, erschöpfte sich die Integrationspolitik der dann folgenden zweieinhalb Jahre in folkloristisch anmutender Fassade – Inhalte und Akzente: Fehlanzeige! Und wenn es denn welche gab, dann wurden diese durch einen restriktiven Innenminister Schönemann geprägt!

Seit Februar diesen Jahres hat Rot-Grün bewiesen, dass man auf dem Gebiet der „Migration und Teilhabe“ sehr wohl auch Inhalte und Akzente setzen kann! Eine Unterscheidung in „wir“ und „ihr“ lehnen wir ab und haben die Begrifflichkeit der „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf „Teilhabe“ ersetzt!

Und nicht nur das! Sie, Herr Ministerpräsident, haben ferner die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auch zur Chefsache gemacht! - Dafür herzlichen Dank! Erlauben Sie mir auch in diesem Zusammenhang meinen herzlichen Dank an die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Frau Doris Schröder-Köpf, auszusprechen. Sie ist es, die durch ihren unermüdlichen Einsatz unserem Leitsatz Rechnung trägt, dass sozialpolitische und rechtliche Teilhabe untrennbar miteinander verbunden sind.

Politisch haben wir – gerade in der Person des Innenministers Pistorius, der das Ausländerrecht nicht nur rein ordnungspolitisch betrachtet – leuchtende Akzente durch einen Paradigmenwechsel in der Abschiebep Praxis sowie einer Reform der Härtefallkommission gesetzt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, In der Koalitionsvereinbarung „Erneuerung und Zusammenhalt“ haben wir uns darauf verständigt, uns für ein weltoffenes Niedersachsen einzusetzen und Vielfalt und Teilhabe zu stärken. Und genau das findet sich sowohl im Haushaltsplan als auch in den Beschlussempfehlungen wieder!

Verteilt auf die verschiedenen Ressorts werden in diesem Landeshaushalt rund 80 Mio. Euro für Maßnahmen der Migration und Teilhabe veranschlagt. Im Einzelplan des Sozialministeriums sind in der Titelgruppe „Integration von Zugewanderten“ zusätzlich 2 Mio. Euro veranschlagt, um diese wichtige Querschnittsaufgabe mit den erforderlichen Haushaltsmitteln auszustatten.

An dieser Stelle möchte ich auch meinen Dank an Sie und Ihr Haus, Frau Ministerin Rundt, für die Aufwertung und Weiterentwicklung dieser Aufgabe aussprechen. Denn durch diese Mittel werden unter anderem die bisherigen „Leitstellen für Integration“, die zum Jahresende 2013 ihre Tätigkeit in derzeit noch zwölf Kommunen beenden, ab 2014 landesweit in „Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe“ weiterentwickelt. Das Ziel, dabei ein flächendeckend lokales Migrations- und Teilhabemanagement zu etablieren, findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

In diesem Zusammenhang habe ich jedoch mit Befremden zur Kenntnis nehmen müssen, dass im FDP-Änderungsantrag diese Mittel gänzlich gestrichen sind. Wörtlich liest man dort „Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe [seien] entbehrlich“.

Wissen Sie was hier entbehrlich ist?!

Das ist ihr Verständnis von „Migration und Teilhabe“!

Ganz zu schweigen von der CDU, deren integrationspolitisches Profil sich darin erschöpft, ein mit 100.000 Euro gefördertes Salafisten-Aussteigerprogramm zu fordern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Neben Aufgabenfeldern, die sich im Haushaltsplan wiederfinden wie der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, der Erhöhung des Anteils Beschäftigter mit Migrationshintergrund im Landesdienst und der Implementierung der interkulturellen Kompetenz, freut es mich – als Sprecher meiner Fraktion für Migration und Teilhabe –, dass es Rot/Grün ferner gelungen ist, im Landeshaushalt zusätzliche Mittel in Höhe von 1,3 Mio. Euro unter anderem für die institutionelle Förderung der Migrantenselbstorganisationen bereitzustellen.

Eine jahrelange Forderung zur Stärkung dieser Organisationen, deren Engagement wir aufwerten wollen.

Auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik wird die rot-grüne Koalition nicht nur mehr Menschlichkeit üben, sondern auch die Arbeit des Flüchtlingsrats Niedersachsen mit 90.000 Euro fördern und eine bedarfsgerechte Anpassung der Flüchtlingssozialarbeit in der Fläche vornehmen.

Zudem unterstützen wir den Aufbau eines Traumazentrums für Flüchtlinge, damit in Zukunft traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer in Niedersachsen angemessen versorgt werden können.

Ich fasse daher nochmals zusammen: Die Regierungsfractionen stehen zu ihren in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Zusagen und werden zugewanderten Menschen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben gewähren. Dieser Paradigmenwechsel erschöpft sich nicht nur in der Begrifflichkeit „Migration und Teilhabe“, sondern spiegelt sich auch deutlich im ersten rot-grünen Landeshaushalt wider!

Kurz gesagt:

Wir haben angepackt und es bei weitem besser gemacht, als es bisher in Niedersachsen der Fall gewesen ist!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.